

Dr. Susanne Schoen

Zusammenfassung des Vortrags am 24.9.2004

Beutekunstgesetz – Der rechtliche Status von deutscher Beutekunst in Russland unter dem Blickwinkel der Verjährung von Herausgabeansprüchen

A. Rechtslage

- Der rechtliche Status von kriegsbedingt verbrachtem Kulturgut umfasst völkerrechtliche, zivilrechtliche und strafrechtliche Aspekte. Die Analyse des völkerrechtlichen Status ist eng mit der Zivilrechtslage verknüpft und umgekehrt. Die beiden Rechtsgebiete sind jeweils für sich betrachtet nicht in der Lage, die mit der kriegsbedingten Verbringung des Kulturgutes zusammenhängenden Fragen zutreffend zu lösen. Nur im Zusammenwirken der zivilrechtlichen und völkerrechtlichen Materien lässt sich der Rechtsstatus der Beutekunst klären.
- Als allgemein anerkannte Regel des Völkerrechts hat sich der Schutz von Kulturgut auf besetztem Gebiet herausgebildet. Die Überzeugung, dass Kulturgut nicht beschlagnahmt und vom Sieger nicht mitgenommen werden darf, hat ihren Niederschlag in den Artikeln 46, 47 und 56 HLKO gefunden. Verstöße gegen die gewohnheitsrechtlich anerkannte Regel, dass Kulturgut auf dem Territorium des besetzten bzw. des besiegten Staates zu verbleiben hat, ziehen Restitutionsansprüche nach sich. Im Prinzip können zwar auch völkerrechtliche Ansprüche verjähren. Aber feste Verjährungsfristen haben sich nicht herausbilden können. Ein Zeitraum von 60 Jahren reicht nicht aus, Verjährung zu begründen. Im Übrigen setzt das Vorliegen einer Verjährung voraus, dass der anspruchsberechtigte Staat es unterlassen hat, seine Forderungen geltend zu machen. Dies ist nicht der Fall. Die DDR hat seinerzeit über die Rückgabe von Kulturgut verhandelt und wertvolle Sammlungen zurückerlangt. Weitergehende Ansprüche hat die Sowjetunion nicht erfüllt. Seit der Wiedervereinigung 1990 verhandelt die Bun-

desrepublik Deutschland über die Rückgabe. Auch wenn Forderungen von Russland nicht erfüllt werden, so reicht es aus, wenn Forderungen geltend gemacht werden, um langfristig den Eintritt der Verjährung zu verhindern.

- Der völkerrechtlich anerkannte Grundsatz, dass Kulturgut dem besiegten Feind nicht weggenommen werden darf, hat seine Bestätigung auch in Artikel 16 Absatz 2 des deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrages von 1990 und Artikel 15 des deutsch-russischen Kulturabkommens von 1992 gefunden. Danach haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, verschollene oder unrechtmäßig verbrachte Kulturgüter an den Eigentümer oder seinen Rechtsnachfolger zurückzugeben. Hierzu zählen vorrangig die kriegsbedingt verbrachten Kulturgüter.
- Das Beutekunstgesetz von 1998, mit dem das deutsche Kulturgut verstaatlicht worden ist, verstößt gegen die Eigentumsgarantie der Russischen Verfassung, den völkerrechtlich anerkannten Schutz von Kulturgut sowie gegen die Rückgabeklauseln im deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag von 1990 und im deutsch-russischen Kulturabkommen von 1992.
- Der Bund ist für die Rückführungsverhandlungen zuständig. Die Bundesländer haben keine Kompetenz, über die Rückführung von Kulturgut mit Russland völkerrechtliche Verträge abzuschließen. Aber es kann zweckmäßig sein, die Länder an den Verhandlungen des Bundes deshalb zu beteiligen, weil ein großer Teil der in Russland lagernden Kulturgüter im Eigentum der öffentlichen Hand steht.
- Das Beutekunstgesetz stellt eine innerrussische Angelegenheit dar und entfaltet in Deutschland keine Wirkung. Wenn Kulturgut in Deutschland auftaucht, greift der Einwendungsausschluss, den Deutschland gegenüber Großbritannien, den USA und Frankreich im Überleitungsvertrages abgegeben hat, nicht durch. Die Enteignungen des Beutekunstgesetzes entfalten in Deutschland keine Wirkung, weil sie gegen den ordre public nach Artikel 6 EGBGB verstoßen, da sie mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar sind.
- Bei Rückkehr des Kulturgutes nach Deutschland kann der nicht berechtigte Besitzer die Einrede der Verjährung nicht erheben. Die Herausgabeansprüche der deutschen Eigentümer sind bis heute in der Regel nicht verjährt. Während der Zeit, in der sich das Kulturgut auf russischem Gebiet befindet, ist keine Verjährung eingetreten. Bis zur Neukodifizierung des Zivilrechts 1995 waren die Kulturgüter in der sozialistischen Eigentumsordnung im allgemeinen nicht ver-

kehrsfähig, und daher bestanden keine Ansprüche, die verjähren konnten. 1998 haben die im staatlichen Auftrag mitgenommenen Kulturgüter durch das Beutekunstgesetz ihre 1995 gewonnene Verkehrsfähigkeit wieder verloren. Bei diesen Kulturgütern kann mangels Verkehrsfähigkeit keine Verjährung eintreten. Bei den privat geplünderten Kulturgütern hat die Verjährung nach dem neuen Recht in Russland nach Artikel 200 Absatz 1 ZGB 1995 noch nicht begonnen, bzw. die Verjährungsfrist ist wegen eines unabwendbaren Umstandes nach Artikel 202 Absatz 1 Nummer 1) ZGB 1995 gehemmt. Der unabwendbare Umstand ergibt sich daraus, dass Russland noch kein funktionierendes Justizwesen hat. Somit ist die Durchsetzung der russischen Gesetze nicht gewährleistet. Gelangt deutsches Kulturgut – illegal – nach Deutschland zurück, dann ist die deutsche 30jährige Verjährungsfrist nicht abgelaufen, weil gemäß § 206 BGB ein Hemmungsgrund vorliegt. Denn die deutschen Eigentümer sind an der Rechtsverfolgung ihrer Ansprüche in Russland objektiv gehindert gewesen, ohne dass sie daran das geringste Verschulden trifft. Gelangt Kulturgut zurück nach Deutschland, dann entfällt nach der hier vertretenen Auffassung die Hemmung nicht schon mit der Rückkehr des Kulturgutes nach Deutschland sondern erst mit der Kenntnis des Eigentümers davon. Im übrigen beginnt nach Ablauf der gehemmten Frist die Verjährung nach § 212 Absatz 1 Nr. 1 BGB erneut, weil die Rückgabeverpflichtung mit den Rückgabeklauseln in den bilateralen Verträgen und Teilleistungen anerkannt worden ist.

- Werden Kulturgüter aus Russland nach Deutschland verbracht, so scheidet ein gutgläubiger Erwerb nach §§ 932 ff. BGB aus, weil nach § 935 BGB mit Ausnahme von der Veräußerung im Wege der öffentlichen Versteigerung an abhanden gekommenen Sachen kein gutgläubiger Erwerb möglich ist. Der gutgläubige Erwerb durch Ersitzung nach § 937 BGB scheidet ebenfalls aus. Zwar können grundsätzlich auch abhanden gekommene Sachen ersessen werden, wenn der Besitzer die Sache zehn Jahre gutgläubig im Eigenbesitze hat. Die Ersitzung ist jedoch nach § 939 Absatz 2 BGB gehemmt, solange nach § 206 BGB der Herausgabeanspruch des Eigentümers aus § 985 BGB wegen der Verhinderung der Rechtsverfolgung durch höhere Gewalt gehemmt ist.

B. Perspektive

Die deutschen kriegsbedingt verbrachten Kulturgüter befinden sich nun schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Russland. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die frühere Sowjetunion in den 50er Jahren einen großen Teil der Kulturgüter an die DDR zurückgegeben hat. In den 90er Jahren hat das vereinte Deutschland die geänder-

te politische Weltlage dazu genutzt, die Verhandlungen über die Rückgabe von Kulturgut wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Wie die Geschichte in anderen Fällen von Beutekunst gezeigt hat, wirkt der Verlust von Kulturgut und die damit verbundene Demütigung nachhaltig im Bewusstsein des geschädigten Volkes fort. Die Lücken, die der Krieg in den Museen, Bibliotheken und Archiven hinterlässt, sind kaum zu schließen. Die Verluste sind auch noch nach langer Zeit gegenwärtig. Daraus folgt das Bemühen, dasjenige, was an kultureller Identität verloren gegangen ist, wiederherzustellen. Da Kulturgut einzigartig und daher nicht reproduzierbar ist, kann der frühere Zustand nur dadurch erreicht werden, dass das weggenommene Kulturgut zurückgegeben wird.

Was die Rückgabe kriegsbedingt verbrachten Kulturgutes aus Russland anbelangt, so stehen die Chancen hierzu letztendlich nicht schlecht. Denn mit einem größeren Abstand zur belastenden und nachwirkenden Vergangenheit der nationalsozialistischen Hitlerdiktatur in Deutschland, der kommunistischen Stalindiktatur in der Sowjetunion sowie zum Zweiten Weltkrieg mit dem durch nichts zu rechtfertigenden deutschen Überfall auf die Sowjetunion könnte sich die Ausgangsbasis für eine Einigung zwischen Deutschland und Russland über das weitere Schicksal der kriegsbedingt verbrachten Kulturgüter verbessern. Dabei kann nicht außer acht bleiben, dass schon der frühere russische Präsident Jelzin die Kulturgüter zurückgeben wollte, aber durch das vom Parlament geschaffene Beutekunstgesetz daran gehindert wurde. Eine Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte in der Beutekunstproblematik dürfte in Zukunft weiter dadurch begünstigt werden, dass das russische Volk im ganzen, von kleinen Gruppen und Schichten einmal abgesehen, traditionell sehr deutschfreundlich eingestellt ist. Dies ist äußerst bemerkenswert in Anbetracht der bitteren Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und der negativen Propaganda im Kalten Krieg gegen die Bundesrepublik Deutschland. Nicht zuletzt wird es darauf ankommen, die Chancen, die sich aus der russischen Deutschfreundlichkeit ergeben, auch aufzugreifen. Es bleibt daher zu hoffen, dass mit einem Generationenwechsel in Russland und in Deutschland Hindernisse zur Lösung des Beutekunstproblems ausgeräumt oder zumindest reduziert werden können. Solange jedoch in Russland Politiker über deutsches Kulturgut zu befinden haben, deren Eltern, wie dies beim früheren Vorsitzenden des Kulturausschusses Gubenko der Fall ist, im Zweiten Weltkrieg umgekommen sind, wird es nicht einfach sein, rechtlich begründete Ansprüche durchzusetzen. Eine Reflexion darüber, was im Zweiten Weltkrieg geschehen ist, kann allerdings zu einem für beide Nationen durchaus gerechten Ergebnis führen.

Ein Weg, bei der Lösung der Beutekunstproblematik weiterzukommen, könnte in dem Vorschlag liegen, in Deutschland eine deutsch-russische Stiftung zu gründen. Die Auf-

gabe dieser Stiftung läge darin, einen Ausgleich zwischen deutschen und russischen Interessen vorzunehmen. Unter dem Aspekt der deutschen Interessenlage müsste der Zweck der Stiftung die zügige Rückführung von Kulturgut sein. Für Russland sind hingegen die Modalitäten der Rückführung im Rahmen des Stiftungszwecks von Bedeutung. Hierzu gehört die Vereinbarung von Aufwendungsersatz für die lange Lagerung durch den russischen Staat. Denn Russland hat die Kosten für Heizung und sonstige Unterhaltungsmaßnahmen der Räume, in denen das Kulturgut verwahrt worden ist, getragen. Eventuell wurden zwischenzeitlich auch notwendige Restaurierungsarbeiten durchgeführt, um die Substanz des Kulturgutes zu erhalten. Neben der Auszahlung von Aufwendungsersatz an den russischen Staat zu dessen freier Verfügung ist auch zu überlegen, dass ein finanzieller Anteil des Aufwendungsersatzes zweckgebunden denjenigen russischen Einrichtungen unmittelbar zugute kommen sollte, die Beutekunst jahrzehntelang verwahrt haben und nun zurückgeben müssen. In diesem Fall ist es ratsam, dass Zahlungen aus Deutschland direkt dorthin transferiert werden. Denn diese Einrichtungen haben sich in den Jahrzehnten der Lagerung um die Objekte gekümmert, und ihnen ist es mit zu verdanken, dass die Objekte erhalten blieben.

Überlegungen, inwieweit für nachgewiesene Aufwendungen Regelungen zu treffen sind, wurden bereits in der Sitzung der deutsch-russischen Fachgruppe für Rechtsfragen zur beiderseitigen Rückführung von Kulturgütern im Dezember 1993 in Saarbrücken angestellt. Bei der Zahlung von Aufwendungsersatz müssen Erwartungen von russischer Seite, dass aus Deutschland Preise gezahlt werden, die einem regulären Kauf gleichkommen, gedämpft werden. Der Wert der Kulturgüter oder gar Wertsteigerungen, die viele der Kulturgüter seit dem Zweiten Weltkrieg erfahren haben, kann bei der Berechnung der Aufwendungen keine Berücksichtigung finden. Denn der Aufwendungsersatz orientiert sich nicht am Wert der Objekte, sondern an den Ausgaben, die auf dem Territorium Russlands für die Verwahrung tatsächlich ungefähr aufgewandt worden sind. Dies lässt sich im nachhinein natürlich nur schätzen. Weitergehende Entschädigungen dafür, dass Kulturgut nach Deutschland zurückgegeben wird, sind nicht angezeigt. Schließlich sind die kriegsbedingt verbrachten Kulturgüter mit dem Makel der illegalen Verbringung behaftet und dem entsprechend bis heute international nicht verkehrsfähig. Sie sind entweder gänzlich unveräußerlich oder nur zu stark reduzierten Preisen absetzbar.

Da auch in Deutschland die finanziellen Mittel begrenzt sind, um die Verwahrungskosten aufzubringen, sind auch Vereinbarungen denkbar, wonach nicht alle Exponate einer Sammlung nach Deutschland zurückgegeben werden, sondern ein Teil des Kulturgutes in Russland verbleibt. Ein weiterer Grund spricht für diese Lösung. Kulturgüter, die in Deutschland entstanden sind, legen ein Zeugnis von den Fähigkeiten der

Künstler und den kulturellen Werten der Nation ab. Deutsche Kunstwerke in Russland vermitteln diese kulturellen Traditionen und sind ein wichtiger Mittler zwischen den Bevölkerungen beider Länder. Daher sind Absprachen sinnvoll, durch die Russland das Eigentum an den Objekten übertragen wird, die dort verbleiben sollen. Diese Objekte würden dadurch den Makel der rechtswidrigen Verbringung verlieren. Russland könnte von diesem Zeitpunkt an über die Gegenstände im internationalen Rechtsverkehr verfügen. Auch wenn das deutsche Kulturgut 1998 durch das russische Kulturgütergesetz zu staatlichem Eigentum erklärt worden ist, hat dies im internationalen Rechtsverkehr keine Auswirkungen. Denn die Enteignungen durch das Kulturgütergesetz sind wegen eines Verstoßes gegen den *ordre public* in Deutschland, aber auch in anderen Staaten unbeachtlich. Ohne eine Verständigung über die kriegsbedingt verbrachten Kulturgüter zwischen Deutschland und Russland werden daher die kriegsbedingt in Russland eingelagerten Kulturgüter in der internationalen Kunstwelt ein Schattendasein führen.

Hinsichtlich der Kulturgüter, deren Rückgabe nach Deutschland vereinbart wird, dürfte als formaler Akt ein Übergabeprotokoll ausreichen. Dieses Protokoll dient in erster Linie als Bestätigung für die abgebende Einrichtung, dass das Kulturgut zurückgegeben worden ist. Die Vorlage von Eigentumsnachweisen aus Deutschland gegenüber dem russischen Staat oder gegenüber der abgebenden Einrichtung in Russland ist hingegen verzichtbar. Jedenfalls betrifft dies die Objekte, bei denen beiden Staaten bekannt ist, dass das Kulturgut aus Deutschland kriegsbedingt verbracht worden ist. Es liegt in der Zuständigkeit Deutschlands, die Kulturgüter an den Berechtigten zurückzugeben. In Zweifelsfällen kann Problemen in den internationalen Beziehungen vorgebeugt werden, indem Deutschland den russischen Staat von etwaigen Ansprüchen freistellt, die Dritte am zurückgegebenen Kulturgut geltend machen könnten, wenn beispielsweise die Herausgabe an den Nichtberechtigten erfolgt ist.

Soweit Aufwendungsersatz in Geld geleistet wird, liegt es in erster Linie bei den begünstigten privaten und öffentlichen Einrichtungen, entsprechende Zahlungen in den Fonds der Stiftung vorzunehmen, aus dem die Mittel an Russland weitergeleitet werden. Aber auch Sponsoren und andere kunstinteressierte Mäzene könnten hier ihren – steuerbegünstigten – Beitrag leisten. Im Hinblick auf die große Zahl der Objekte, die nach Deutschland zurückgegeben sind, bietet sich die Rückführung von Kulturgut in Etappen und eine Auszahlung des Aufwendungsersatzes in Teilbeträgen gemäß Vereinbarung und Fortschritt bei der tatsächlichen Rückführung an.

Das vorstehend beschriebene Modell einer deutsch-russischen Kulturgüterrückführungsstiftung ist von anderen Überlegungen zu unterscheiden, bei denen, von der ebenfalls gewählten Rechtsform einer Stiftung einmal abgesehen, eine vollständig andere

Konzeption zur Lösung der Beutekunstproblematik entwickelt wird. Es geht um den Vorschlag, eine deutsch-russische Kulturstiftung zu gründen, der die Aufgabe zukommen soll, dass Deutsche und Russen die Beutekunst gemeinsam in der Substanz erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Kulturgüter würden nach dieser Konzeption als Vermögen in die Stiftung eingebracht, und sowohl Deutschland als auch Russland müssten auf ihre Ansprüche an den Kulturgütern verzichten. Da Russland aber keine berechtigten Ansprüche auf die Kulturgüter geltend machen kann, während die deutschen Anspruchsteller als Eigentümer berechtigt sind, die Herausgabe zu beanspruchen, stellen diese Überlegungen einer deutsch-russischen Kulturstiftung keinen pragmatischen Kompromiss zur Klärung einer zweifelhaften Sach- und Rechtslage dar. Vielmehr läuft der Vorschlag auf eine Aufgabe aller bestehenden deutschen Eigentumstitel hinaus. Vor diesem Hintergrund dürfte es schwierig sein, die vielen privaten Eigentümer und öffentlichen Einrichtungen davon zu überzeugen, dass sie auf das ihnen gestohlene Kulturgut auf Dauer verzichten sollen. Insgesamt werden durch dieses Modell ohnedies mehr Fragen aufgeworfen, als gelöst werden. Denn es ist ungeklärt, wo die Gegenstände zukünftig aufbewahrt werden sollen, wer die Kosten der Erhaltung und Präsentation der Kulturgüter trägt und in welchen Gremien mit welchen Mehrheiten die Entscheidungen gefällt werden.

Die zukünftigen Chancen zur Lösung der Beutekunstproblematik sind nach alledem von vielen Faktoren abhängig. Beide Staaten sind daher aufgerufen, über ihre Positionen nachzudenken und weitere Schritte aufeinander zu zugehen.